

Name: Stefan Lindauer

Alter: 24

Beruf: Rettungssanitäter / Büroleiter im Abgeordnetenbüro

Wohnort: Todtenweis

Partei: Bündnis 90/Die Grünen (seit 2019)



1. In medialen, gesellschaftlichen und politischen Debatten empfinden wir Landwirte, dass wir oft als Schuldige für alles hingestellt werden. Wie stehen Sie dazu? Was tun Sie, um hier Vorurteile abzubauen?

Bauern und Bäuerinnen leisten mit ihrer Arbeit einen zentralen Beitrag zum Bestehen unserer Gesellschaft. Das Geschäft ist hart, neben der täglichen Arbeit auf dem Feld oder bei den Tieren müssen sich Landwirt*innen gut mit den gesetzlichen Rahmenbedingungen auseinandersetzen und sind im Zweifelsfall dem Markt ausgeliefert – fällt der Preis, können unsere Landwirt*innen schonmal schnell auf den Produkten sitzen bleiben. Als Grüne ist es uns besonders wichtig, gesellschaftliche Sensibilität für die komplexe Situation der Landwirt*innen zu schaffen, ein Schwarz-Weiß Denken hat unserer Gesellschaft noch nie weitergeholfen. Ein wichtiger Bestandteil ist die Rahmenbedingungen für Landwirtschaft zu ändern und über gesellschaftliche Vorstellungen von guter Landwirtschaft in ihrer ganzen Komplexität zu diskutieren. Außerdem wollen wir nachhaltige Ernährung in den Lehrplan aller relevanten Ausbildungsbereiche bringen – auch in einem solchen Format kann einem Schwarz-Weiß Denken vorgebeugt werden.

2. Bei uns besteht der Eindruck, dass sich die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung der Tierhaltung sehr am gesellschaftlichen Mainstream orientieren. Wie stellen Sie sich eine praxistaugliche Umsetzung vor?

Der Begriff „gesellschaftlicher Mainstream“ wird in der gesellschaftlichen Debatte von manchen Stimmen negativ besetzt. Das sich Politik an gesellschaftlichen Mehrheiten orientiert ist für uns eine demokratische Selbstverständlichkeit. Die Lösung von Problemen kann auch nur mit einem gesellschaftlichen Konsens über bestimmte Handlungsnotwendigkeiten erreicht werden, der die breite Mitte der Gesellschaft abbildet. Tierschutz ist uns Grünen ein großes Anliegen. Damit

Tierschutz wirtschaftlich machbar ist, wollen wir die Landwirt*innen unterstützen: durch eine Umbauförderung, die durch einen Tierschutz-Cent auf tierische Produkte finanziert wird, durch faire Preise und durch eine verpflichtende Haltungskennzeichnung für tierische Produkte. Die Tierhaltung soll so an die Fläche und an Obergrenzen pro Stall gebunden werden, dass eine umwelt- und tiergerechte Bewirtschaftung gewährleistet ist. Den tiergerechten und brandsicheren Umbau von Ställen werden wir zum Standard machen, an den sich alle halten müssen. Das werden wir ebenso gezielt fördern wie die Weidetierhaltung, die ökologisch wertvolles Grünland erhält und sinnvoll nutzt. Ställe, in denen Tiere nicht zumindest entsprechend der EU-Ökoverordnung gehalten werden können, sollen nicht mehr gebaut werden. Um Lebendtiertransporte zu vermeiden, ziehen wir die regionale und mobile Schlachtung dem Schlachten im zentralen Schlachthof vor und werden diese fördern. Damit können wir die Tierhaltung in eine nachhaltige und tiergerechte Zukunft weiterentwickeln.

3. Die immer stärker ausufernde Bürokratie raubt unseren Landwirten die Zeit, sich auf das Wesentliche – nämlich Tierhaltung, Pflanzenbau und Management – zu konzentrieren. Was tun Sie dafür, hier eine Kehrtwende einzuleiten?

Wir setzen uns für unbürokratische Lösungen und eine Entlastung von Betrieben ein, z.B. im Rahmen von automatisierten, digitalen Erfassungssystemen beim Agrarantrag und dessen Kontrolle. Nichts-destotrotz steigen die Anforderungen der Gesellschaft an die Landwirtschaft auch hinsichtlich der Einhaltung von rechtlichen Vorgaben angesichts der drängenden globalen Probleme im Bereich Klima-, Biodiversitäts- und Tierschutz. Es muss aber gelten, dass Bäuerinnen und Bauern ihre Kernaufgaben der umweltgerechten Erzeugung von Nahrungsmitteln erfüllen können müssen. Insbesondere kleineren und mittleren Betrieben dürfen nicht an übermäßigen bürokratischen Auflagen scheitern, die größere Betriebe einfacher erfüllen können.

4. Das eigenständige agrarsoziale Sicherungssystem (SVLFG) trägt zu einer umfassenden Absicherung unserer bäuerlichen Familien bei und ist europaweit einzigartig. Allerdings verursacht der agrarstrukturelle Wandel leider auch eine Erosion der aktiven Beitragszahler. Daher bedarf es dauerhaft der Gewährung von Bundesmitteln, um die notwendigen Ausgaben zu decken. Wie stehen Sie zum Erhalt dieses eigenständigen sozialen Sicherungssystems?

Wir setzen uns für den Erhalt eines eigenständigen Sozialversicherungssystems in der Landwirtschaft ein. Das Problem dabei ist die strukturwandelbedingte "alte Last", d.h. das Ausscheiden von einzahlenden Mitgliedern gegenüber zu versorgenden Mitgliedern. Hier ist eine solidarische Lösung durch die Gesellschaft gefragt. Auch wenn es sich hierbei um ein gesellschaftliches Zuschussgeschäft

handelt, halten wir diese Lösung für die praxistauglichste um Landwirt*innen und ihre Familien auch weiterhin umfassend abzusichern.

5. Biobetriebe leisten gute Arbeit. Konventionelle Betriebe leisten gute Arbeit. Dennoch werden sie in der öffentlichen Diskussion ständig gegeneinander ausgespielt. Was tun Sie dafür, dass diese Schwarz/Weiß-Debatte endlich aufhört?

Wir Grüne schätzen den Beitrag aller Landwirt*innen zum Erhalt unserer Gesellschaft. Dabei gib es schlecht geführte Biobetriebe, genauso wie gut geführte konventionelle Betriebe. Ein Gegeneinander sollte es nicht geben, dafür aber eine hohe Problemlösungsorientierung. Zusammen mit unserem Bestreben, die mediale Repräsentation und die öffentlich geführten Debatten der Komplexität angemessen zu gestalten (wie Sie in Frage 1 angesprochen haben), möchten wir auch hier für die Realität der Landwirt*innen sensibilisieren. Statt einzelne Bäuer*innen gegeneinander auszuspielen unterstützen wir eine Diskussion, die sich um die Zukunft der Landwirtschaft dreht: Es geht um eine klimafreundliche, kreislauforientierte und regional verwurzelte Landwirtschaft, die altes Erfahrungswissen mit modernen agrarökologischen Anbaumethoden, digitalen Anwendungen und nachhaltigem Wassermanagement kombiniert. In der Tendenz verursachen ökologisch wirtschaftende Betriebe oft weniger negative Umweltwirkungen. Der weitere Ausbau des Ökolandbaus ist daher ein wichtiges Ziel. Da Probleme der flächenunabhängigen Intensivtierhaltung durch Nährstoffüberschüsse, Fragen artgerechter Tierhaltungsverfahren und Stickstoffemissionen genauso wie die strukturwandelbedingte Verarmung der Agrarlandschaft und der Verlust bäuerlicher Strukturen dringend gelöst werden müssen, brauchen wir sowohl gut geführte ökologische wie konventionelle Betriebe.

Grundsätzlich soll Landwirtschaft nicht für Märkte produzieren, sondern für Menschen, die ein Recht auf sichere, gesunde und nachhaltige Lebensmittel haben. Mit einer Konzentration auf diese gemeinsamen Werte können wir auch der Schwarz/Weiß Debatte begegnen.

6. Das Thema Pflanzenschutz wird emotional diskutiert. Wenn Landwirte keine großen Ernte- und Qualitätsverluste einfahren möchten, dann ist der Schutz der Kulturen aber vonnöten. Was tun Sie dafür, eine Versachlichung der Debatte zu erreichen?

Geht es um die Erhaltung Pflanzenschutz, erhitzen sich die Gemüter nur allzu schnell. Wir wollen eine faktenbasierte und zukunftsorientierte Debatte – im Bereich des Pflanzenschutzes und auch ganz grundsätzlich. Wir wollen den Fokus auf die Inhalte lenken und wertegeleitete Lösungen erarbeiten, die die Komplexität berücksichtigen. Dazu gehört, dass die Gefahren des Einsatzes von Pflanzenschutzmittel und anderen Wirkstoffen dringend weiter reduziert werden müssen. Dies zu erreichen ist ein wichtiges Ziel, allein für den Schutz der

menschlichen Gesundheit. Vor allem sind weniger Pestizide der wichtigste Hebel, um den Rückgang der Artenvielfalt zu stoppen. Um wirksamen Artenschutz zu betreiben und unser Trinkwasser zu schützen, wollen wir die Ausbringung von Pestiziden in Naturschutzgebieten und Trinkwasserschutzgebieten untersagen und ein flächendeckendes Pestizidmonitoring einführen. Betroffene Landwirt*innen werden wir bei der Umsetzung finanziell unterstützen. Wir werden außerdem den Export von Pestiziden beenden, die in Deutschland oder der EU aufgrund von Umwelt- und Gesundheitsrisiken nicht zugelassen oder verboten sind. Wir wollen die Zulassungsverfahren für Pestizide verbessern, indem wir Transparenz und Unabhängigkeit stärken. Für ökologischen Pflanzenschutz werden wir in Kooperation mit den Ländern ein umfassendes, kombiniertes Forschungs-, Umsetzungs- und Beratungsprogramm für nicht chemischsynthetischen Pflanzenschutz auflegen. Darüber hinaus beginnt eine vielfältige, gerechte und nachhaltige Landwirtschaft beim Saatgut. Angesichts der Klima- und Biodiversitätskrise wollen wir die Züchtung von robusten Sorten und die Forschung für ökologisches Saatgut vorantreiben sowie die Forschung zu alternativen Ansätzen stärken, die auf traditionelle und ökologische Züchtungsverfahren setzen. Dabei muss wie bei jeder Technologie der Umgang mit alten wie neuen gentechnischen Verfahren einerseits die Freiheit der Forschung gewährleisten und andererseits bei der Anwendung Gefahren für Mensch und Umwelt ausschließen. Nicht die Technologie, sondern ihre Chancen, Risiken und Folgen stehen im Zentrum. Wir werden daher an einem strengen Zulassungsverfahren und am europäisch verankerten Vorsorgeprinzip festhalten. Dazu bleiben Risikoprüfungen auf umfassender wissenschaftlicher Basis und eine Regulierung, die unkontrollierbare Verbreitung ausschließt, sowie eine verbindliche Kennzeichnung, die gentechnikfreie Produktion und die Wahlfreiheit der Verbraucher*innen schützt, nötig. Entsprechend braucht es eine Stärkung der Risiko- und Nachweisforschung. Wir wollen das Patentrecht so ausrichten, dass es keine Patente auf Lebewesen und ihre genetischen Anlagen mehr gibt.

Bringen wir all diese Aspekte mit in die Debatte ein, wird schnell die Komplexität deutlich und die Notwendigkeit einer inhaltlichen und gemeinsam-konstruktiven Debatte. Der Blick liegt dann nicht auf der Praxis von einzelnen Bäuer*innen, sondern auf dem gesamten System mit all seinen Facetten. Dies ist ein entscheidender Beitrag zu Versachlichung der Debatte.

7. Die deutsche Politik setzt die Produktionsstandards für die heimischen Landwirte immer weiter nach oben. Gleichzeitig drängen über die offenen Märkte billig produzierte Güter aus dem Ausland in die deutschen Regale (Stichwort Flüssig-Ei und Eier aus Käfighaltung). Wie wollen sie die heimischen Landwirte in diesem Spannungsfeld wettbewerbsfähig halten? Und wie wollen Sie das für andere Erzeugnisse verhindern?

Wir setzen uns für eine Regionalisierung und Dezentralisierung von Erzeugung, Verarbeitung und Verbrauch ein. Wir wollen Wertsteigerung für Erzeuger*innen durch Qualitätsproduktion und regionale Spitzenprodukte statt Billigexporte für den Weltmarkt. Gegen Exporte von hochwertigen regionalen Produkten mit hoher Wertschöpfung für Erzeuger*innen ist nichts einzuwenden.

Gleichzeitig wollen die regionale Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung stärken und so dem Betriebe-Sterben der letzten Jahre entgegentreten. Dazu gehören auch faire Wettbewerbsbedingungen gegenüber importierten Lebensmitteln. In öffentlichen Einrichtungen wollen wir verstärkt regionale und ökologische Produkte, auch Umstellungsware, einsetzen – so schaffen wir Nachfrage und faire Preise. Wir unterstützen Regionalsiegel und Direktvermarktungen der

Betriebe durch lokale Einkaufs-Apps und Regionalwerbung und sorgen mit einer klaren Definition von regionalen Produkten für Schutz vor Betrug. Öffentliche Gelder und gezielte Beratung zum Umgang mit Auflagen und Kennzeichnungsvorschriften sollen vorrangig kleinen und mittleren bäuerlichen Betrieben und Handwerker*innen zugutekommen. Forschung und Beratung zur Regionalvermarktung und für innovative und partizipative Ansätze wie Erzeuger*innengemeinschaften, solidarische Landwirtschaft oder Ernährungsräte unterstützen wir.

Gutes, nachhaltiges und gesundes Essen soll leicht zu erkennen sein. Mit verständlichen Informationen über Zutaten, Herkunft, Herstellung und zum ökologischen Fußabdruck wollen wir für die nötige Transparenz sorgen. Wir werden eine verpflichtende Tierhaltungskennzeichnung mit anspruchsvollen Kriterien für Fleisch und andere Lebensmittel aus oder mit tierischen Bestandteilen einführen und uns dafür einsetzen, dass dies auch EU-weit verbindlich wird. Dabei soll der Weiterentwicklung von Tierschutzstandards Rechnung getragen werden. Die Nährwertkennzeichnung Nutriscore wollen wir weiterentwickeln und EU-weit für alle Fertigprodukte anwenden. Außerdem wollen wir die Transparenz über die Herkunft von Lebensmitteln verbessern. Enthaltene Allergene sollen besser gekennzeichnet werden. Zur einheitlichen Kennzeichnung von vegetarischen und veganen Lebensmitteln brauchen wir eine EU-weite rechtsverbindliche Definition von „vegetarisch“ und „vegan“. Transparenz muss auch bei der Lebensmittelhygiene gelten, deshalb sollen die Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen für alle erkennbar sein.

Hohe europäische Standards (da, wo sie tatsächlich existieren) wollen wir gegenüber Importen schützen. Das heißt bei den EU-Handelsabkommen müssen die strikte Einhaltung der Menschenrechte, Klimaschutz, Biodiversität, Tierwohl, Vorsorgeprinzip, kostendeckende Preise für Erzeuger*innen und Arbeitnehmer*innenrechte Voraussetzung für deren Ratifizierung sein.

8. 50 Prozent der schwäbischen Milchbauern halten ihre Kühe in Anbindehaltung. Wie stehen Sie zu einem generellen Verbot dieser

Haltungsform? Trauen Sie sich, dafür auch öffentlich Ihre Stimme zu erheben?

An jedem Hof und jedem Stall hängen Schicksale – Bäuer*innen, die ihre Familien ernähren oder für ihre Renten Kühe halten und Milch verkaufen. Gleichzeitig haben sich die Anforderungen an eine artgerechte Haltung geändert. Sowohl der Handel als auch die grundsätzliche gesellschaftliche Akzeptanz werden die Anbindehaltung perspektivisch ausschließen. Wir Grüne möchten, dass Anbindehaltung durch andere Haltungsformen wie Weidenhaltung ersetzt wird. Für viele Bäuer*innen, die aktuell mit Anbindehaltung arbeiten, rentiert sich der Umbau nicht. Auch Genehmigungen für adäquate Hallen werden immer schwerer vergeben. Daher wollen Grünen betroffene Bäuer*innen beim Umbau der Tierhaltung begleiten und unterstützen. Die bäuerlichen und traditionellen Erzeugerstrukturen müssen soweit wie möglich erhalten werden und der Strukturwandel sozialverträglich gestaltet werden. Betrieben sollte durch Umbau von Altgebäuden oder Umnutzung sowie die Ermöglichung des Zugangs zu Weideflächen Perspektiven angeboten werden.

9. Die Versiegelung landwirtschaftlicher Flächen durch Wohn-, Gewerbe- und Infrastrukturbau schreitet in Bayern und in ganz Deutschland stetig voran. Die Forderung nach einer nachhaltigen, regionalen Lebensmittelversorgung, nach Biodiversität und Artenschutz steht dazu in krassem Widerspruch. Welche Ansätze sehen Sie, diese massiven Konflikte aufzulösen?

Wir wollen den landwirtschaftlichen Flächenverbrauch auf ein Minimum reduzieren, landwirtschaftliche Räume und Flächen erhalten und bäuerlichen Betrieben eine Perspektive geben. Dafür ist es notwendig altgenutzte und Brachflächen bei Bauprojekten in die vorrangige Nutzung zu bringen statt landwirtschaftlicher Flächen zu versiegeln.

Landwirtschaftliche Flächen sind jedoch unverzichtbar für die nachhaltige Nahrungserzeugung, Grundwasserneubildung, als Rosorptionsfläche bei Starkregenvorsorge oder Überschwemmungen und auch für Kaltluftherzeugung in der Umgebung der Städte.

Landwirtschaftliche Flächen werden immer noch unzutreffend als "Frei"flächen begriffen als reine Verfügungsmasse für die Entwicklung von Gewerbe- und Industrie, den Abbau von Rohstoffen und den Bau von Wohnungs- und Büroflächen. Sie stehen zusätzlich doppelt unter Druck: Für die konkrete Flächeninanspruchnahme und zusätzlich für den ökologischen Ausgleich dieser Eingriffe.

Wir brauchen eine bessere Zusammenarbeit in der Landes-, Regional und der Bauleitplanung sowie eine effektive Koordination auf Länderebene. Bundesraumordnung und Landesentwicklungspläne müssen eindeutige Ziele zur Reduzierung des Flächenverbrauchs festlegen. Wir brauchen eine Auszeichnung von explizit landwirtschaftlichen Vorbehaltsflächen für die nachhaltige

Nahrungserzeugung. Durch eine Festschreibung im Bundesraumordnungsgesetz mit einer Umsetzung über die Landes-, Regional- und Bauleitplanung. Wir brauchen darüber hinaus ein zukunftsweisendes Verfahren für den Flächenausgleich und die Kompensation mit mehr produktionsintegrierten Kompensationsmaßnahmen.

10. Warum soll ein Bauer / eine Bäuerin SIE wählen?

Wir setzen uns für den Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft und echte Zukunftsperspektiven für bäuerliche Betriebe ein. Dies kann nur gelingen, wenn wir Landwirtschaft mit sich verändernden gesellschaftlichen Erfordernissen in Einklang bringen, unserer Lebensgrundlage schützen und die plane-taren Grenzen respektieren. Wir brauchen Planungssicherheit für Betriebe, das geht nur mit langfristigen Entwicklungsperspektiven, gerade beim Umbau der Tierhaltung. Wir wollen mehr Wertschöpfung für bäuerliche Betriebe durch wertschöpfungsstarke Qualitätsproduktion und mehr regionale Spitzenprodukte sowie eine Regionalisierung und Dezentralisierung von Erzeugung, Verarbeitung und Verbrauch, gerade auch im Bereich des Lebensmittelhandwerkes.

11. Gibt es eine Botschaft, die Sie an unsere Landwirtschaftsfamilien richten wollen?

Niemals aufgeben - Bäuerliche Landwirtschaft erhalten!